



**Peter Meiwald**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

Oldenburg, 26.03.2017

**Peter Meiwald, MdB**

**Berliner Büro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: JKH

Raum: 3.605

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Kontakt Ostfriesland, Emsland,

Bentheim

peter.meiwald.ma06@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG

**Quecksilberfund bei Gasförderanlage:  
Bevölkerung Opfer unbeherrbarer Risiken?**

Vergangene Woche meldeten ostfriesische Zeitungen, dass im Umfeld einer Gasförderanlage des kanadischen Unternehmens Vermillion in Idehörn im Landkreis Leer Quecksilber auf eine Weide nachgewiesen wurde. Immerhin scheint das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Stichproben um die Förderanlagen zu überwachen. Was wir somit bislang wissen, ist schon besorgniserregend genug und wirft Fragen auf, die dringend beantwortet werden müssen: Quecksilber im Umfeld der Gasförderanlage findet sich auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche – wie lange entweicht das hochgiftige Schwermetall in die Umwelt nach acht Jahren Betrieb? Sind auch andere Gasförderanlagen betroffen?

Die Anwohner\*innen in der Nachbarschaft von Gasförderplätzen haben ein Recht darauf, dass umgehend weitere Bodenuntersuchungen in die Wege geleitet werden und volle Datentransparenz durch das wie auch den Betreiber Vermillion hergestellt wird. Zudem erwarte ich, dass beide ihrer Verantwortung nachkommen und die Schäden unverzüglich beseitigt und die Geschädigten entschädigt werden.

Doch dieser Fall wirft auch weitergehende Fragen im Zusammenhang mit der Förderung von vergleichsweise kleinen Mengen an Erdgas oder Öl auf. Trotz aller beschwichtigenden Öffentlichkeitsarbeit der Öl- und Gasförder-Unternehmen gibt es immer wieder Hinweise auf Umwelt- und Gesundheitsrisiken im Umfeld von Förderplätzen. Weite Teile der Bevölkerung sehen das mittlerweile sehr kritisch, nicht nur, aber auch natürlich unter dem Stichwort Fracking.



Als Politik sind wir hier in der Pflicht, unsere Bevölkerung vor möglicherweise unbeherrschbaren Risiken zu schützen.